

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

| Details | |
|---------------------------|--|
| Name der eAnhörung | Kantonale Umsetzung der Transparenzregeln zur Politikfinanzierung; Gesetz über die politischen Rechte (GPR) (Copy) |
| PDF-Dokument generiert am | 13.12.2024 16:16 |
| Stellungnahme von: | Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) |

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Kantonale Umsetzung der Transparenzregeln zur Politikfinanzierung; Gesetz über die politischen Rechte (GPR); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 1. Oktober 2024 bis 15. Januar 2025.

Inhalt

Aufgrund einer überwiesenen Motion der FDP-Fraktion betreffend kantonale Umsetzung der Transparenzregeln zur Politikfinanzierung sollen im Kanton Aargau analog Bundesvorgaben Offenlegungspflichten geschaffen werden, welche die Politikfinanzierung transparenter machen soll. Die Transparenzregeln sollen weitgehend sinngemäss der auf Bundesebene verabschiedeten Transparenzvorschriften ausgestaltet werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Julia Schönenberger

Juristische Mitarbeiterin

Generalsekretariat, Rechtsdienst

062 835 22 64

julia.schoenenberger@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

| | |
|-----------------------|---|
| Name der Organisation | Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) |
| E-Mail | info@aihk.ch |

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

| | |
|----------|--------------------------|
| Vorname | Philippe |
| Nachname | Tschopp |
| E-Mail | philippe.tschopp@aihk.ch |

Fragen zur Anhörungsvorlage

Einleitungstext - Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur sadipscing elitr, sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat, sed diam voluptua. At vero eos et accusam et justo duo dolores et ea rebum. Stet clita kasd gubergren, no sea takimata sanctus est Lorem ipsum dolor sit amet.

Referenz zum Anhörungsbericht

| Thema | Referenz zum Anhörungsbericht | Referenz zum Erlasstext |
|-------------------------------------|--|---|
| [Formulierung des Themas zur Frage] | [Kapitelnummern notieren und verlinken zum Dokument] | [§§ Paragrafen notieren und verlinken zum Dokument] |

Frage 1

Stimmen Sie der Einführung von kantonalen Transparenzregeln zur Politikfinanzierung zu?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer kann sich im Sinne einer einheitlichen Regelung der Transparenzvorschriften auf nationaler und kantonaler Ebene mit der Übernahme der nationalen Transparenzregeln einverstanden erklären.

Frage 2

Stimmen Sie zu, dass bei der Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen der Schwellenwert je Kampagne analog zum Bund Fr. 50'000.- beträgt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Frage 3

Stimmen Sie zu, dass bei der Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen und der Finanzierung von Parteien und parteilosen Mitgliedern des Grossen Rats der Schwellenwert je Zuwendung analog zum Bund Fr. 15'000.– beträgt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Frage 4

Sind Sie einverstanden, dass alle Mandatsbeiträge, die eine politische Partei erhält, offengelegt werden müssen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Frage 5

Sind Sie einverstanden, dass bei Wahl- und Abstimmungskampagnen im Gegensatz zur Regelung auf Bundesebene lediglich die Schlussrechnung über die Einnahmen, nicht aber ein Budget über die geplanten Einnahmen offengelegt werden muss?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

Diese Vereinfachung gegenüber der Bundesgesetzgebung trägt den beschränkten personellen Ressourcen in kantonalen Wahl- und insbesondere Abstimmungskampagnen Rechnung und ist daher sehr zu begrüßen.

Frage 6

Sind Sie einverstanden, dass die Offenlegungspflicht auch bei Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Bezirks- und Kreisebene gilt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Frage 7

Sind Sie einverstanden, dass sämtliche Ständeratskandidatinnen und -kandidaten offenlegungspflichtig sind, unabhängig von einer anschliessenden Wahl?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen

- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Frage 8

Sind Sie einverstanden, dass die Annahme anonymer Zuwendungen und Zuwendungen aus dem Ausland auch bei Kampagnen im Hinblick auf eine Wahl in den Ständerat verboten ist?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 8

Frage 9

Sind Sie einverstanden, dass eine geteilte Zuständigkeit zwischen Staatskanzlei und Finanzkontrolle für die Aufgaben im Zusammenhang mit den Transparenzregeln besteht?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 9

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Es wird begrüsst, dass die vorgeschlagene Lösung sich an den bundesrechtlichen Bestimmungen orientiert, aber fallweise entscheidende Vereinfachungen vorschlägt. Insbesondere in der Kampagnenführung ist dabei der Entfall der Budget-Einreichung zu erwähnen sowie die Gewährung einer gegenüber Bundesrecht verlängerten Frist zur Einreichung der Schlussabrechnung. Damit wird einerseits dem Bedürfnis einer auf Bundes- und Kantonebene kohärenten Transparenzregelung entsprochen, andererseits aber auch dem Anspruch einer praktikablen, möglichst einfachen Administration derselben Nachachtung geschenkt.